

Fachbehörden werden. Das RKI hat gezeigt, dass es eine Krise nicht durch eigene Fachkompetenz und selbstbewusst gegenüber politischer Einflussnahme handhaben kann. Auch die Gesundheitsämter der Länder wurden politisch beeinflusst. Das Vertrauen der Bevölkerung in die oberste Seuchenschutzbehörde und in die Gesundheitsämter wurde dadurch tief erschüttert.

- ✓ Wir fordern ein Corona-Amnestiegesetz, das Verfahren aufgrund willkürlicher Regelungen beendet und erhobene Bußgelder zurückerstattet, während Strafverfahren wegen tatsächlicher Bereicherung oder schwerwiegender Vergehen ausgenommen bleiben.

Der WHO-Pandemievertrag ist eine internationale Vereinbarung, die die Zuständigkeiten von Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nationalen Regierungen bei der Verhinderung von Pandemien und beim Umgang mit Pandemien regeln soll. Sie gibt dem WHO-Generaldirektor unter anderem das Recht, verschiedene Arten von Pandemien auszurufen.

- ✓ Wir fordern, dass die Bundesregierung einem WHO-Pandemievertrag mit erweiterten Kompetenzen für die WHO nicht zustimmt. Die unrühmliche Rolle der WHO in der Corona-Zeit muss aufgearbeitet werden.

Medien und Kultur: Meinung statt Maulkorb

Die deutsche Medienlandschaft steckt in einem radikalen Umbruch. Vertrauen und Akzeptanz der Bürger in Medieninhalte nehmen kontinuierlich ab. Auf den Verbreitungsplattformen der Tech-Giganten steuern intransparente und von den Anbietern manipulierbare Algorithmen die Nachrichten. Alternative Fakten und verengte Meinungskorridore gefährden den demokratischen Diskurs. Dabei ist ein kritischer Journalismus, der Regierungen hinterfragt und ein breites Meinungsspektrum abbildet, für unsere Demokratie unerlässlich. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte für diese Art von ausgeglichener und kritischer Berichterstattung eigen-

lich Vorbild sein – jedoch ist er Teil des Problems geworden.

- ✓ Wir wollen eine grundlegende Reform des ÖRR und eine Neuverhandlung des Medienstaatsvertrages.
- ✓ Eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags lehnen wir ab.

Der von der sogenannten Zukunftskommission bislang vorgelegte Vertrag beinhaltet keine signifikanten Reformen der öffentlich-rechtlichen Sender. Bisherige Organisationsstrukturen und Finanzierungsmodelle bleiben in dem Reformpapier ebenso unangetastet wie die unverhältnismäßig hohen Gehälter der Intendanten und Direktoren. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht abschaffen, sondern so reformieren, dass er Vertrauen zurückgewinnen kann. Das kann nur gelingen, wenn die Interessen und die Beteiligung der Beitragszahler angemessen berücksichtigt werden.

Bildungsprogramme und Berichterstattungen über politische und kulturelle Ereignisse stehen derzeit in keinem angemessenen Verhältnis zu den Angeboten von Unterhaltungs- und Sportprogrammen. Ein eklatantes Missverhältnis hat zu Kostenexplosionen und maßgeblicher Verwässerung des staatlichen Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geführt. So fließen aktuell von einem Beitrags-Euro nur noch 44 Cent in das Programm. Gebührengelder versickern in externe Produktionsfirmen, exorbitante Gehälter an der Spitze, erdrückende Pensionslasten und durch nichts gerechtfertigte Mehrfachstrukturen samt überbordender Bürokratie.

- ✓ Die Vergütung der Intendanten und Direktoren sollten deutlich reduziert werden und künftig an die Besoldungen des öffentlichen Dienstes gekoppelt werden. Honorarzahlungen an Kommentatoren, Experten und Prominente sollen begrenzt werden und öffentlich einsehbar sein.

Im aktuellen Reformstaatsvertrag ist eine „Aktualitätsklausel“ enthalten, die letztlich eine Depublizierungspflicht ist: Im Internet soll der

Rückgriff auf Sendungen, die länger als 14 Tage zurückliegen, ausgeschlossen werden. Das ist inakzeptabel. Zumindest die von den Beitragszahlern finanzierten Eigenproduktionen der Sender müssen zeitlich unbeschränkt abrufbar sein.

In den Aufsichtsgremien des ÖRR, die sowohl Finanzen als auch den gesetzlich geregelten Programmauftrag überwachen, sitzen mehrheitlich staats- oder parteinahe Vertreter. In den Redaktionen herrscht allzu oft eine journalistische Einheitsmeinung vor. Diese Einseitigkeit in der Berichterstattung und die Verengung des Meinungskorridors in der politischen Kommentierung empört zurecht viele Menschen.

- ✓ Wir fordern, dass die Kontrolle über den ÖRR und die Besetzung ihrer Gremien parteifern organisiert wird und der Einfluss der Gebührenzahler gestärkt wird.
- ✓ Wir fordern die Einrichtung einer Enquete-Kommission: Die Berichterstattung und Kommentierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist darauf zu untersuchen, ob sie dem Auftrag zu objektiver Information und Regierungsferne entspricht.

Das BSW fordert, Kunst und Kultur sowie kulturelle Teilhabe und Bildung als Pflichtaufgaben des Staates zu definieren.

- ✓ Wir unterstützen die Initiative „Schutz von Kunst und Kultur ins Grundgesetz“.

Die Sicherung von staatlichen, privaten und freien Kunst- und Kulturorten muss auf die Schaffung langfristiger Schutzinstrumente für Kunst- und Kulturschaffende vor unverschuldeten Verdienstaufschlägen ausgedehnt werden. Kulturelle Bildung muss zudem ein unverzichtbarer Teil der allgemeinen Schulbildung bleiben und verstärkt werden. Die Projektförderung durch staatliche und kommunale Fördermittelgeber hat diskriminierungsfrei und ohne Verpflichtung auf politische Bekenntnisse zu geschehen.

- ✓ Das BSW setzt sich für eine bessere soziale Absicherung von freischaffenden Künstlern ein.

Die realen Arbeits- und Lebensbedingungen der oft als Selbstständige eingestuften Kulturschaffenden sind in den Regelwerken des Sozial- und Arbeitsrechts nur unzureichend abgebildet. So verhindert zum Beispiel ein ständiger Wechsel zwischen projektbezogenen Honorarvertrags- bzw. Kurzzeitanstellungen und folgender Arbeitslosigkeit die soziale Absicherung in den dafür vorgesehenen Sicherungssystemen und mündet häufig in Altersarmut.

- ✓ Das BSW lehnt jeglichen Angriff auf die Künstlersozialkasse ab und fordert deren Reformierung zur Existenzsicherung von Künstlern und Kulturschaffenden.

Bürgerrechte in der digitalen Welt

Digitalisierung kann das Leben erleichtern. Dabei kann es etwa um digitale Zugänge zu staatlichen Dienstleistungen, um Arbeitserleichterungen durch den Einsatz künstlicher Intelligenz oder digitaler Technologien gehen. Die entscheidende Frage ist, welche Rahmenbedingungen die Politik setzt, um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, die Daten-Souveränität von Staat und Bürgern zu gewährleisten und dabei gleichzeitig diejenigen nicht zu vergessen, die einen Zugang zur digitalen Welt nicht haben oder nicht haben wollen. Verhindert werden muss, dass der zunehmende Einsatz digitaler Technologien zum gläsernen, totalüberwachten Bürger führt.

Die großen Digitalkonzerne haben sich zunächst in den USA formiert. China hat sich danach darauf konzentriert, eine eigenständige digitale Infrastruktur aufzubauen. In beiden Fällen geht es um die Generierung und Auswertung von Daten, gekoppelt an lukrative Geschäftsmodelle, aber auch um den Zugang von Staat und Geheimdiensten zu diesen Daten.

Der aktuelle Datenskandal bei VW zeigt, in welchem Ausmaß heute private Konzerne die Digitalisierung nutzen, um die Bürger auszuforschen und alles über sie zu speichern. Auch wenn diese Daten normalerweise nicht